Ä82 (Projekt) Schluss mit überflüssigem Plaste- und Verpackungsmüll

Antragsteller*in: Martin Wandrey (Havelland KV)

Änderungsantrag zu 1.2-B

Von Zeile 1 bis 2 löschen:

Die Vermüllung unserer Natur mit Plaste gehört zu den größten globalen Umweltkrisen. Wir wollen einen Aktionsplan gegen Plastemüll ins Leben rufen. Dafür gibt es bereits viele Initiativen: Pfandsysteme für den Kaffebecher, Mehrwegbeutel aus Stoff und Refill-Stationen für Wasserflaschen. Einweggeschirr und -besteck wollen wir vom Markt verdrängen. Supermärkte wollen wir anregen, auf Plasteschalen oder Folien etwa für Obst und Gemüse zu verzichten und kompostierbare Tüten, z. B. aus Maisstärke, anzubieten, für Lieferanten schlagen wir wiederverwendbare Verpackungen und Kisten vor. Wir setzen uns für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Folien in der Landwirtschaft ein und wollen den Gebrauch deutlich reduzieren. Ein Unterpflügen tolerieren wir nicht. Wir unterstützen die Einrichtung von Repair-Cafés und kommunalen Gebrauchtwarenläden. Wir wollen das Land Brandenburg zum Vorreiter in der Entwicklung von abbaubarem Plaste machen. Mit 2,5 Millionen EUR unterstützt das Land ein Forschungsprojekt am Potsdamer Fraunhofer-Institut für Polymerforschung, das gerade zu 100 Prozent abbaubares Plaste entwickelt. Das wollen wir intensivieren. Die Einführung einer kommunalen Verbrauchssteuer auf Plasteprodukte wollen wir prüfen. Unser Ziel ist eine echte Kreislaufwirtschaft, in der keine Ressourcen verloren gehen. Auf allen Ebenen, im Bund, der Europäische Union und bei den Vereinten Nationen brauchen wir verbindliche Aktionspläne und Verbote für bestimmte Artikel aus Einwegplaste.

Begründung

Wenn die praktische Umsetzung und der Umfang des Verbots noch nicht so komplett klar sind, hat das EU-Parlament diese Forderung bereits mit recht viel Öffentlichkeitswirksamkeit umgesetzt. Gegenüber den geplanten Verbot von bestimmten Einweg-Artikeln wirkt unsere Forderung nach einer Verdrängung schwach.